

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Ulrike Küstler
stellv. Fraktionsvorsitzende

Stuttgart, den 4. Februar 2011

Zur Meldung der StZ von heute: Stadträtin eröffnet Konten mit falschem Paß:

Seltene Widersprüche und schlampige Ermittlungen

Nach dem Studium der Vorwürfe bzw. Unterlagen stellen sich einige Fragen:

1. Warum fragt sich die Staatsanwaltschaft nicht, wie der anonyme Anzeigensteller an die gefälschten Dokumente kommt, die er mit der Anzeige der Staatsanwaltschaft übergeben hatte? Die Ermittlungsakten bestätigen, dass der Anzeige des Anonymus sowohl der gefälschte italienische Personalausweis, der gefälschte Führerschein und alle Bankunterlagen beiliegen.
2. Warum lügt die Pressesprecherin der Staatsanwaltschaft, wenn sie behauptet, der falsche Führerschein wurde in der Wohnung der Stadträtin entdeckt? Wie entdeckt man ein gefälschtes Dokument in einer Wohnung, obwohl diese nicht durchsucht worden ist?
3. Warum fragen sich die Staatsanwaltschaft und Amtsgericht nicht, wie der anonyme Anzeiger in den Besitz der Bankunterlagen kommt?

Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE

Hannes Rockenbauch, Stadtrat (SÖS) und Fraktionsvorsitzender
Ulrike Küstler, Stadträtin (DIE LINKE) und stellv. Fraktionsvorsitzende
Maria-Lina Kotelmann, Stadträtin (SÖS)
Gangolf Stocker, Stadtrat (SÖS)
Tom Adler, Stadtrat (DIE LINKE)

Geschäftsstelle

Marktplatz 1
70193 Stuttgart
Tel. 0711 216 15 26
Fax 0711 216 68 40
soes_und_linke@stuttgart.de

4. Welchen Sinn entdeckt die Staatsanwaltschaft darin, mit gefälschten Dokumenten Konten zu eröffnen, welche dann nachweislich nicht genutzt wurde?
5. Warum stellt die Staatsanwaltschaft bzw. das Amtsgericht ein Verfahren nicht ein, in dem so viele Widersprüche auftauchen, und das so offensichtlich einen Racheakt darstellt.
6. Warum unterschreibt ein Richter einen Strafbefehl, der ein schweres Vergehen mit nur 45 Tagessätzen à 40 Euro ahndet. Lieber ein bisschen als gar nicht?
7. Und letzte Frage: Gibt es für die Stuttgarter Zeitung auch so etwas wie eine Pflicht zu gründlicher Recherche zur Wahrheitsfindung, und zwar der ganzen Wahrheit?

Die SÖS-Stadträtin Maria-Lina Kotelmann beschreibt die Vorgänge um den von StZ geschilderten Strafbefehl wegen Urkundenfälschung wie folgt:

„Ich wurde seit mehreren Jahren von einem Stalker verfolgt und entschied mich aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen des Stalkers dagegen, diesen Mann anzuzeigen. Ab 2007 hört das Stalking auf.

Im Sommer 2009, als bekannt wurde, dass in den Gemeinderat gewählt wurde, wurde ich in einer anonymen Anzeige beschuldigt, mit gefälschten Papieren im Jahr 2007 zwei Konten eröffnet zu haben. Dieser Anzeige gaben Staatsanwaltschaft und Amtsgericht statt, obwohl es selbst bei flüchtigem Hinsehen eine Menge Widersprüche gab und der Anzeigende offen aussprach, dass damit meine Wahl in den Gemeinderat torpediert werden sollte. Wie kam der anonyme Anzeiger in den Besitz der gefälschten Dokumente? Warum sollte ich Dokumente fälschen um damit Konten zu eröffnen, über die nie eine Kontobewegung ging? Dennoch verfügte der Amtsrichter einen Strafbefehl über 45 Tagessätze à 40 Euro.

Gegen diesen Strafbefehl legte ich fristgerecht Einspruch ein, zog diesen Einspruch aber wieder zurück, weil ich eine öffentliche Verhandlung, eine damit verbundene Presseöffentlichkeit und wiederum Vergeltungsmaßnahmen des Stalkers befürchtete.

Für mich gab es zwei Möglichkeiten:

- 1. den Prozess zu führen und frei gesprochen zu werden aber ggf. von den Medien unfair und vom Stalker gerächt zu werden, oder*
- 2. angesichts der geringen Höhe des Strafbefehls diesen zu akzeptieren und die Sache damit aus der Welt zuschaffen. obwohl ich damit aufgrund einer anonymen Anzeige, ohne jede Schuld und ohne Beweis und verurteilt wurde.*

Ich wählte die zweite Möglichkeit, auch um meine Familie zu schützen.“

Heute sieht Frau Kotelmann die Situation natürlich anders.

Die Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE stellt fest, dass Kollegin Kotelmann zwei falsche Entscheidungen getroffen hat, nämlich den Stalker nicht anzuzeigen und den Strafbefehl zu akzeptieren. „Menschen wählen manchmal unter vermeintlichem Druck den falschen Weg“, so der Fraktionsvorsitzende Hannes Rockenbauch.

„Aber es ist empörend, wie die Staatsanwaltschaft Stuttgart und das Amtsgericht mit ihrer Schlampigkeit Menschen in ihrem Ruf und in ihrer Existenz gefährden“, so Stadtrat Stocker.

Frau Kotelmann hat weiterhin das vorbehaltlose Vertrauen der Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE.